



VOS-Geschäftsstelle Uhlandstraße 120 10717 Berlin  
Email: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de) Homepage: [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim  
Email: [vorstand@iedf.de](mailto:vorstand@iedf.de) Homepage: [www.iedf.de](http://www.iedf.de)

Berlin/ Mannheim, den 01.03.2021

Herrn

**Ralph Brinkhaus**, Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1

**11011 Berlin**

### Bundestagsdebatte vom 18.11.2020 und eine befremdliche Folge

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender,

am 18. November 2020 hatte eine knapp halbstündige Bundestagsdebatte zu TOP 5 stattgefunden, in der es um die Antwort der Bundesregierung zu der „Großen Anfrage“ des Abgeordneten Matthias W. Birkwald und seiner Fraktion zum Thema „DDR-Flüchtlinge“ ging.

Der Vorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, hatte Ihnen mit Schreiben vom 26.08.2020 wichtige Dokumente zum Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ zukommen lassen. Sie konnten daraus entnehmen, dass es bei der „Großen Anfrage“ um eine Angelegenheit von Gewicht geht.

Der Redner Matthias W. Birkwald führte in seiner Rede aus, dass die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekauften schon seit langem gegen die Demütigung kämpfen, die ihnen durch die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in das Rentenüberleitungsgesetz verordnet worden ist.

Er hatte die Debatte eröffnet und an seine Abgeordnetenkollegen und –kolleginnen appelliert, endlich mit den Vertretern der Verbände zu reden, anstatt nur über sie.

Der Vorstände von IEDF und VOS haben sich daraufhin mit den Rednern und Rednerinnen in Briefen sowie per E-mail intensiv in Verbindung gesetzt und um persönliche Gespräche (coronabedingt online) gebeten.

Für die Unionsfraktion war Jana Schimke als Rednerin benannt worden.

Der persönliche Kontakt gerade mit der Unionsfraktion war uns besonders wichtig, hatten die Vertreter der Unionsfraktion doch in der Vergangenheit sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Thema „DDR-Flüchtlinge“ für die Union abgeschlossen und erledigt sei. In seinem Vortrag vom 29.01.2020 hatte der Rentenexperte der CDU, Peter Weiß, noch einmal sehr überzeugend gezeigt, dass er seine Voreingenommenheit für wichtiger hält als den Dialog mit denen, die von seiner Voreingenommenheit nachteilig betroffen sind.

Nach der Debatte vom 18.11.2020 gab es eine gewisse Hoffnung auf eine persönliche Kommunikation mit der jungen und (vermutlich) unvoreingenommenen Abgeordneten Jana Schimke. Es sollte sich aber erweisen, dass sie sich das Gespräch mit dem Vorstand der IEDF oder einem anderen der Betroffenen offensichtlich nicht zumuten wollte. Vielfache Anfragen unsererseits blieben bis zum 25.02.2021 unbeantwortet.

Die E-mail - Antwort vom 25.02.2021 hat uns allerdings in höchstes Erstaunen versetzt:

*„... möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich seit 2018 nicht mehr Berichterstatterin für das Fremdrentengesetz bzw. die Rentenüberleitung bin. Diese Aufgabe hat jetzt mein Kollege Albert Weiler übernommen. Ich sage das deshalb, weil wir in unserer Fraktion eine Arbeitsteilung haben, die darauf abzielt, keine fachlichen Absprachen jenseits der Berichterstattung zu treffen.“*

Wir waren davon ausgegangen, dass die Fraktionsleitung die Abgeordnete Jana Schimke als Rednerin vorgesehen hatte, um sie sachgerecht zu diesem Thema sprechen zu lassen. Und nun lässt sie uns nach mehr als 3 Monaten wissen, dass sie nicht zuständig und damit wohl auch nicht kompetent ist.

Die Flüchtlings- und SED- Opferverbände beklagen seit langem die fehlende Bereitschaft seitens der Unionsfraktion, ihr Vorbringen ernst zu nehmen. An dieser Stelle hat sich deren ignorante Haltung erneut bestätigt.

Die Debatte vom 18.11.2020 hatte von vorn herein unter dem Makel gelitten, dass sowohl Frank Heinrich als auch Jana Schimke offenbar das Material nicht kannten, das Ihnen der UOKG-Vorsitzende in Vorbereitung zu dieser Aussprache zugesandt hatte. Die Erklärung der Nichtzuständigkeit Ihrer Fraktionskollegin Jana Schimke ist eine peinliche Extrazugabe zu der Demütigung, die die ehemaligen DDR-Flüchtlinge ohnehin schon zu beklagen haben. Wie konnte es dazu kommen?

Vor diesem Hintergrund appellieren die Flüchtlings- und SED-Opferverbände noch einmal sehr deutlich an die Unionsfraktion, sich dieses Themas anzunehmen und für eine rechtsstaatlich saubere und sachgerechte Lösung des Konfliktes zu sorgen.

In der aktuellen Ausgabe der „Freiheitsglocke“, dem Publikationsorgan der VOS, wird unter dem Titel „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ eine Bilanz des Kampfes der Flüchtlings- und SED-Opferverbände um die Wiederherstellung des verletzten Rechts gezogen.

Wir legen Ihnen hiermit dieses Heft vor. Sie werden verstehen, dass die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekauften sich mit Recht gegen die ihnen auferlegte Demütigung zur Wehr setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Felix Heinz Holtschke  
VOS-Landesvorsitzender NRW



Dr. Jürgen Holdefleiß  
Vorsitzender IEDF e.V.

Anlage: Freiheitsglocke 71. Jahrgang Nr. 819/ 820